

Beseitigung von Fragen, welche Spaltung hervorrufen, und die Konzentrierung der Bemühungen auf solche Fragen, welche die Majorität zu einigen vermögen. Er bezeichnet als solche Fragen die Reform der militärischen Institutionen, die Verbesserung der Finanzen, die Revision des Finanzwesens, die Erleichterung der Leiden der Industrie und des Ackerbaues, sowie die sozialen Fragen. Er will nicht den Staatssozialismus anpreisen, aber der Staat hat die Pflicht eines Vormundes und muß zu Reformen anregen und ermutigen, um das Schicksal der Arbeiter minder prekär zu gestalten, und dahin arbeiten, den Antagonismus zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu beseitigen. Die beiden republikanischen Fraktionen können sich über diese Fragen ebenso einigen, wie über die allgemeine Richtung der inneren und äußeren Politik. Es gebe keine verschiedene Auffassung der gegenwärtig zu befolgenden äußeren Politik. Frankreich will entschieden und offen den Frieden, aber einen Frieden, der seine Würde nicht schädigt und der keinem seiner Rechte irgend ein Opfer auferlegt; Frankreich will seinen Rang als Großmacht nicht aufgeben. In gewissen Fragen muß seine Intervention eine reservierte sein; wenn jedoch seine Interessen im Spiele sind, muß es eine energische Aktion ausüben, und es müßte, wenn seine Ehre und Würde bedroht sein sollten, zu allen Opfern bereit sein. Unsere Beziehungen zu den Großmächten beruhen auf dem Fuße der gegenseitigen Achtung. (Anhaltender Beifall.) Im Bereiche der Kolonien müssen wir uns auf das, was wir befigen, beschränken; unsere Macht ist hinreichend ausgedehnt. Wenn es Jemandem freisteht, etwas zu erwerben, so sieht es ihm jedoch nicht frei, es wieder aufzugeben. Wir müssen selbst die minder vorteilhaften erhalten und sie organisieren und fruchtbar gestalten. Auf einigen Punkten ist dieses Problem bereits sehr weit vorgeschritten; rücksichtlich einer kleineren Anzahl ist es noch minder klar; wir hoffen jedoch, es dem Interesse und der Würde Frankreichs entsprechend mit mäßigen Opfern zu lösen. (Beifall.) Auf die innere Politik zurückkommend, sagt Freycinet, die Regierung müsse die Gesetze ausführen lassen. Er begreife eine Regierung nicht, welche dazu ihre Einwilligung gibt, daß man über sie diskutiere und ihr lau diene. Er will die Freiheit, welche nur beschränkt wird durch die Interessen der nationalen Einheit und öffentlichen Sicherheit. Die Ausschreitungen in der Sprache der Presse sind nicht gefährlich, wenn man nur entschlossen ist, wie wir es sind, ausbrechende Unordnungen zu unterdrücken. Schließlich beschwört er alle Fraktionen der republikanischen Partei, sich auf dem Boden der Eintracht, Duldung, gegenseitigen Achtung, Freiheit und des Fortschrittes zu einigen. (Enthusiastischer Beifall; wiederholte Rufe: „Es lebe Freycinet! Es lebe die Republik!“)

Die Rede findet in der gesamten republikanischen Presse günstige Beurteilung. In einer am 30. September zu Montpellier gehaltenen Rede wiederholt Freycinet im ganzen die in Toulouse ausgesprochenen Gedanken und hebt noch besonders hervor, daß der wirtschaftliche Fortschritt des Landes die Haupt Sorge der nächsten Zeit bilden müsse. Auch diese Rede schließt er mit einem Appell an die Einigkeit aller Republikaner. In Bourdeaux empfängt Freycinet eine Arbeiterdeputation, deren Führer in seiner Ansprache bemerkt:

„Der Ministerpräsident habe durch seine Klugheit und Festigkeit das allgemeine Vertrauen des Landes erworben. Die Arbeiter von Bourdeaux hätten sehr großes Vertrauen in die gegenwärtige Regierung. Ein Beweis